

Vor 50 Jahren: Flipper erstmals im Fernsehen



So fröhlich-verspielt wie in der TV-Kultserie ist das wahre Leben vieler Delfine nicht. Seite 5

BREMEN

Genehmigung vorerst gestoppt

Bremen. Umweltsenator Joachim Lohse (Grüne) will das Genehmigungsverfahren für ein umstrittenes Zwischenlager für Chemikalien in Hemelingen aussetzen. Ein alternativer Standortvorschlag sorgt im Senat allerdings für Ärger. Seite 9

DER NORDEN

Großbrand in Delmenhorst

Delmenhorst. Ein Feuer hat in Delmenhorst ein Einkaufszentrum mit mehreren Geschäften zerstört und einen Millionenschaden verursacht. Die Ursache ist noch völlig unklar. Seite 12

KULTUR

Bildhauerei nach der Natur

Bremen. Das Bremer Gerhard-Marcks-Haus zeigt in einer neuen Ausstellung Arbeiten von vier zeitgenössischen Bildhauern, die sich mit Urformen der Natur auseinandersetzen. Seite 17

SPORT

Selkes Herzensangelegenheit

Bremen. Werder hat den Vertrag mit Stürmer-Talent Davie Selke bis 2018 verlängert. Ihm sei das eine Herzensangelegenheit gewesen, sagt der Spieler. Bessere Angebote hätte er abgelehnt. Seite 19

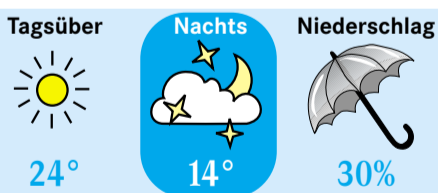
WESER-KURIER LIVE

Dieses Symbol kennzeichnet, wo Augmented-Reality-Effekte hinterlegt sind. Das heißt: Mit einem Smartphone, einem Tablet-PC und der App WESER-KURIER

Live (kostenlos abrufbar im App-Store und bei Google Play) kann man digitale Inhalte sichtbar machen. Das können Videos sein oder Audios, Bilderstrecken oder Internetseiten und allerhand andere ergänzende Informationen.

Wenn die App aktiviert ist, auf „Scan“ tippen und ähnlich wie bei einem QR-Code mit der Kamera das Bild erfassen, und zwar komplett. Und schon wird die Zeitung lebendig...

DAS WETTER



Viele Sonnenstunden

Ein Tief bringt Mitteleuropa gebietsweise Schauer und Gewitter. Dabei bleibt es angenehm warm. Ausführliches Wetter Seite 6

INHALT

Familienanzeigen	15, 23
Fernsehen	18
Lesermeinung	4
Rätsel & Roman	22
Schiffahrt	16
Veranstaltungsanzeigen	23

KONTAKT

Telefonzentrale: 04 21 / 36 71 0
Abonnenten-Service: 04 21 / 36 71 66 77
Anzeigenannahme: 04 21 / 36 71 66 55

H 7166 • 28189 BREMEN



Schottland hat gewählt



In ganz Schottland waren am Donnerstag „Yes“- und „No“-Anhänger unterwegs, um die letzten Unentschiedenen noch zu überzeugen. FOTO: DPA

Edinburgh. In einer historischen Abstimmung haben die Schotten am Donnerstag über die Unabhängigkeit ihres Landes von Großbritannien entschieden. 4,3 Millionen

Stimmberechtigte konnten bis 23 Uhr MESZ ihre Stimme abgeben. Meinungsforscher sagten ein Kopf-an-Kopf-Rennen voraus. Die ersten Ergebnisse sollten am frü-

hen Freitagmorgen vorliegen – wesen-kurier.de informiert Sie aktuell. Scannen Sie das Bild, um aktuelle Informationen über das Referendum zu bekommen.

IS plante Morde in Australien

Größter Anti-Terror-Einsatz in der Geschichte des Landes / Paris: Luftangriffe im Irak

IS-Terroristen haben in Australien offenbar geplant, zufällig ausgewählte Opfer vor laufender Kamera zu enthaupten. Beim größten Anti-Terror-Einsatz in der Geschichte des Landes wurden 15 Verdächtige festgenommen. Frankreichs Präsident François Hollande kündigte unterdessen Luftangriffe im Irak an.

VON MATIN PARRY UND JAN KUHLMANN

Sydney-Bagdad-Paris. Die australische Polizei hat mit dem größten Anti-Terror-Einsatz in der Geschichte des Landes offenbar Anschlagpläne der Dschihadistengruppe „Islamischer Staat“ (IS) vereitelt. 15 Verdächtige wurden am Donnerstagmorgen in Vororten der Metropolen Sydney und Brisbane festgenommen, sagte Premierminister Tony Abbott. Die Opfer – wahllos ausgesuchte Passanten – sollten nach Erkenntnissen der Geheimdienste von Extremisten entführt, enthauptet und in die Flagge der Terrormiliz gehüllt vorgeführt werden. Gräueltatsvideos von den Taten sollten – wie die Enthauptung zweier US-Journalisten und eines britischen Entwicklungshelfers in Syrien – anschließend im Internet gezeigt werden.

Ein Australier, der sich dem IS angeschlossen habe, habe Unterstützern in Australien Mordtaten aufgetragen, so Abbott. „Hier geht es nicht um einen Verdacht, son-

dern um ein Vorhaben.“ Deshalb hätten die Behörden gehandelt. „Diese Menschen hassen uns nicht dafür, was wir tun, sondern sie hassen uns dafür, wer wir sind und wie wir leben“, sagte Abbott über die Dschihadisten. „Dadurch werden wir zum Ziel.“ Mehr als 800 Polizisten waren an dem Einsatz beteiligt. Insgesamt waren 25 Durchsuchungsbefehle ausgestellt worden.

Premierminister Abbott sagte zu den potenziellen Tätern, es sei wichtig, dass die Behörden ihnen „einen Schritt voraus“ seien. „Und heute Morgen waren sie es.“ Einer der Festgenommenen wurde dem Haftrichter vorgeführt, der Untersuchungshaft gegen den Verdächtigen verhängte. Der 22-Jährige wurde von der Staatsanwaltschaft beschuldigt, einen „Terrorakt“ geplant zu haben. Ziel des Anschlags sei es gewesen, die Öffentlichkeit zu „schockieren, entsetzen und in Angst zu versetzen“, so die Anklage. Viele der Festgenommenen standen seit geraumer Zeit unter Beobachtung. Einige wollten nach Syrien oder in den Irak reisen, um für die Terrormiliz zu kämpfen.

Als erstes europäisches Land wird Frankreich Luftangriffe gegen die IS-Extremisten im Irak fliegen. Präsident François Hollande gab dafür am Donnerstag grünes Licht, wie der Staatschef bei einer Pressekonferenz bekannt gab. Bodentruppen im Irak und einen Einsatz in Syrien lehnt Paris aber ab.

„Unser Ziel ist es, zu Frieden und Sicherheit im Irak beizutragen, indem die Terroristen geschwächt werden“, sagte Hollande. Die Organisation IS „verübt Gräueltaten, köpft Journalisten, kreuzigt Gegner, verschleppt Frauen“. Der „Terrorismus“ habe noch nie über so weitreichende Mittel verfügt. Nicht nur die Region, sondern auch Europa und die Welt seien bedroht.

Die Terrormiliz dehnte unterdessen im Norden Syriens ihre Herrschaft mit der Eroberung von 21 vor allem von Kurden bewohnten Dörfern weiter aus. Die Orte rund um die Stadt Ain al-Arab an der Grenze zur Türkei gehören zu einer von kurdischen Milizen verteidigten Enklave. Sollte diese an die Extremisten fallen, würde der IS rund ein Drittel der über 800 Kilometer langen türkisch-syrischen Grenze kontrollieren.

Im Irak starben bei US-Luftangriffen im Norden des Landes mindestens 25 Extremisten. Einwohner des Ortes Hamman al-Ail berichteten, die US-Luftwaffe habe zwei Ausbildungslager der Terrormiliz bombardiert und völlig zerstört.

Vom Flugplatz Hohn im Kreis Rendsburg-Eckernförde startete heute früh die ersten Waffeneinheiten der Bundeswehr Richtung Nordirak. Die deutschen Soldaten sollen nach Angaben der Bundeswehr in Erbil kurdische Ausbilder in der Handhabung von Maschinengewehren, Panzerfäusten, Pistolen und anderem Gerät unterweisen. Kommentar Seite 2-Bericht Seite 3

Poroschenko bittet USA um Waffen

Washington. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat bei einem USA-Besuch um Waffen und andere Militärhilfe für den Kampf gegen die pro-russischen Separatisten gebeten. Der Schutz der ukrainischen Demokratie vor der russischen Aggression erfordere eine starke Armee, sagte Poroschenko am Donnerstag vor dem US-Kongress in Washington. Die Amerikaner haben Waffenlieferungen an die Ukraine bisher abgelehnt. Poroschenko rief den US-Kongress auf, die Ukraine nicht im Stich zu lassen. Sollte Russland mit seiner „Invasion“ erfolgreich sein, stehe „ein neuer Kalter Krieg“ bevor.

Die EU-Kommission wollte unterdessen angebliche Einmarsch-Drohungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin gegen östliche EU- und NATO-Staaten weder bestätigen noch dementieren. „Wir betreiben Diplomatie nicht über die Medien und diskutieren keine Notizen aus vertraulichen Gesprächen“, hieß es in Brüssel. Die „Süddeutschen Zeitung“ hatte zuvor über Äußerungen Putins berichtet, russische Truppen könnten innerhalb von zwei Tagen in den Hauptstädten östlicher EU-Mitglieder stehen. Bericht Seite 3

Juristentag ohne Vorschlag

Einmaliger Vorgang: Keine Empfehlung zum Tarifrecht

Hannover. Der Deutsche Juristentag hat überraschend keine Empfehlung zu der umstrittenen Frage abgegeben, ob und wie die Tarifeinheit in Betrieben gesetzlich geregelt werden darf. 70 Prozent der Teilnehmer der Arbeitsgruppe „Arbeitsrecht“ sprachen sich dagegen aus. Es ist das erste Mal in der Geschichte des Juristentags, dass am Ende der Diskussion in einer Gruppe keine Reformvorschläge gemacht werden. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) will dem Motto „Ein Betrieb – ein Tarifvertrag“ wieder Geltung verschaffen und damit die Macht von kleinen Sparten-Gewerkschaften bescheiden.

In den anderen fünf Abteilungen machen die Juristen dem Gesetzgeber Vorschläge zur Reformierung. Beschlüsse eines Juristentages sind wegweisend für Gesetzgebung und Gerichte. Beim Strafrecht etwa lehnt der Juristentag eine Paralleljustiz, die das staatliche Justizsystem ergänzen oder ersetzen soll, ab. Kulturelle oder religiöse Prägungen sollen in Gesetzgebung und Rechtspre-

chung nur in seltenen Ausnahmen berücksichtigt werden, raten die Experten.

Beim Bund-Länder-Finanzausgleich sind die Juristen für eine Verschärfung der Schuldenbremse. Die Finanzkraft der Gemeinden soll zu 100 Prozent berücksichtigt, die höhere Einwohnergewichtung zugunsten der Stadtstaaten abgeschafft werden.

Gesetzliche Haftungserleichterungen für Manager lehnt der Juristentag ab. Führungskräfte sollen sich vor Gericht aber einfacher verteidigen können. Aktiengesellschaften sollen die Haftung ihrer Manager per Satzung beschränken dürfen. Diese sollen nicht persönlich mithaftenden, wenn eine Bank unter den Rettungsschirm flüchten muss.

Beim Urheberrecht soll der Gesetzgeber eine neutrale Datenbasis schaffen, die das Nutzerverhalten in digitalen Märkten dokumentiert. Leistungsschutzrechte von Bildern und Filmen im Internet sowie von Presseverlagen sollen beibehalten werden, digitale Privatkopien aber erlaubt sein. Betrachtung Seite 2



Juristentagspräsident Thomas Mayen FO: DPA

ANZEIGE
Möbel | Licht | Textil | Innenarchitektur
50 Jahre Conseta von COR
Feiern Sie mit uns: LEDER ZUM STOFFPREIS ODER STOFF GESCHENKT!

freiraum
Einrichtungen
www.freiraumeinrichtungen.de
Christiane und Frank Rudolph | Böcklerallee 15
27721 Ritterhude (Gewerbepark) | Tel.: 0 42 92 - 81 44 0

Mehr Kontrollen führen zu weniger Waffen

Bremen (mic). Die Zahl der in Bremen registrierten Waffenbesitzer nimmt ab. 2010 waren es noch rund 6500, derzeit sind es noch 3072. Als Ursache dafür nennt Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) die verstärkten Kontrollen der Waffenbesitzer durch Mitarbeiter des Stadtamtes. Viele Besitzer würden bei dieser Gelegenheit ihre Waffen freiwillig abgeben. Die Zahl der registrierten Waffen nahm von geschätzt 20000 im Jahr 2010 auf heute 14401 ab. Was Mäurer freut, zugleich aber auch als Herausforderung betrachtet, den eingeschlagenen Kurs weiter zu intensivieren. Bericht Seite 7

ANZEIGE
www.aldi-nord.de
SUPER FRISCH. NUR FREITAG + SAMSTAG SUPER PREIS. UNSERE FRISCHE-ANGEBOTE
TYPISCH ALDI!
FRISCHE-ANGEBOTE IM INNENTEIL

Hamburg will Bau beschleunigen

Hamburg-Hannover. Angesichts der wachsenden Zahl von Flüchtlingen und der Probleme, ihnen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, greift Hamburg zu außergewöhnlichen Mitteln. Die Stadt bedient sich des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes. Damit ist ein beschleunigtes Verfahren beim Bau von Flüchtlingsunterkünften möglich. Baugenehmigungsverfahren und die üblichen Anhörungen sind unter diesen Voraussetzungen nicht erforderlich. Unterdessen kündigt Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil an, den Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen zu helfen. So soll die Pauschale, die Kommunen pro Flüchtling bekommen, angehoben werden. Kommentar Seite 2-Bericht Seite 12

Nur Langenscheidt darf gelb sein

Karlsruhe. Gelb ist typisch für Langenscheidt-Wörterbücher – die Farbe darf deshalb nicht von der Konkurrenz verwendet werden. Im Markenrechtsstreit um die Farbe Gelb hat der Bundesgerichtshof dem Wörterbuchverlag gestern recht gegeben. Der Sprachlern-Softwarehersteller Rosetta Stone darf die Farbe nicht mehr verwenden. Die obersten deutschen Zivilrichter begründeten dies damit, dass der Verbraucher aufgrund der Farbe die Marken wechseln könnte. Der BGH sah eine „hochgradige“ Waren- und Zeichenähnlichkeit. Langenscheidt hatte sich 2010 die Farbmarke Gelb für seine Bücher eintragen lassen. Kommentar Seite 2-Bericht Seite 13

Gericht stoppt Wettlizenzen

Wiesbaden. Die Vergabe von 20 Lizenzen für den milliardenschweren Sportwettenmarkt in Deutschland ist vorerst gestoppt. Das Verwaltungsgericht Wiesbaden untersagte dem hessischen Innenministerium, die Konzessionen an Wettanbieter auszuhandeln. Bei Gericht war nach Angaben einer Sprecherin „ein gutes Dutzend“ Klagen nicht berücksichtigter Wettbewerber eingegangen. In einem zweijährigen Verfahren hat das hessische Innenministerium 20 Anbieter ausgewählt. Dazu zählen der Spielautomatenhersteller Gauselmann mit seiner Wettechter Cashpoint, aber auch die staatliche Oddset Sportwetten GmbH. 21 Bewerber, darunter Marktführer Tipico, gingen leer aus.